

Eidgenössische Tagesfragen

Das Ereignis dieser Woche ist der Rücktritt des eidgenössischen Finanzministers, Bundesrat Dr. Albert Meyer. Die Demission ist etwas unerwartet erfolgt, man rechnete allgemein damit, daß Bundesrat Meyer die eidgenössische Finanzreform noch weitgehend einleiten werde. Der eidgenössische Finanzminister hat es jedoch vorgezogen, heute, nachdem das Volk und die Stände in der Abstimmung vom 27. November 1938 die Uebergangsvorlage zu der Finanzreform gutgeheißen haben, zurückzutreten, um so seinem Nachfolger Gelegenheit zu geben, von Anfang an bei der Gestaltung des definitiven Finanzhaushaltes des Bundes mitwirken zu können.

Bundesrat Meyer ist eine ausgeprägte liberale Persönlichkeit und er hat zeitlebens den politischen Ausgleich gesucht. — In einer kleinen Schrift, die im Jahre 1919 erschienen ist, hat er seine politischen Grundsätze niedergelegt und sein ganzes Wirken ist Zeugnis dafür, daß er stets getrachtet hat, nach diesen Grundsätzen Politik zu treiben. Das Programm: Freiheit und Ordnung, so schrieb er, müssen wir zu verwirklichen trachten. „Gerade die innere Durchdringung von Freiheit und Ordnung schafft uns eine höher geartete und edlere Freiheit, nach dem Worte Fichtes: „Wir wollen Freiheit und sollen sie wollen, aber wahre Freiheit entsteht nur vermittelt des Durchganges durch die höchste Vermäßigkeit.“

Wenn der Liberalismus über dem Individuum die Tatsachen der sozialen Bedingtheit zeitweise nicht genügend erkannte und würdigte, wenn er in einer gewissen Epoche durch ein „laissez faire, laissez aller“ der Gefahr der Bewirtschaftlichung in erheblichem Maße erlag, so war das eine Entgleisung und eine Verleugnung seiner eigenen Ideen. Er brauchte sich nur an seinen eigenen Grundsätzen zu orientieren, um die richtige Bahn wieder einzuschlagen. Es ist richtig, was der im Kriege gefallene deutsche Historiker Wilhelm Ohr geschrieben hat:

„Wenn wir heute nicht voll froh werden können der großen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts, so liegt das nicht an dem liberalen Gedanken und nicht an den Auswüchsen der Freiheit. Vielmehr daran liegt es, daß die Gedanken des Liberalismus noch nicht durchgeführt sind, daß die vom Liberalismus befreiten Volksschichten in neue wirtschaftliche Abhängigkeit geraten sind.“

Der (nach seinen eigenen Grundsätzen) neu orientierte Liberalismus ist sich bewußt, daß die schrankenlose Freiheit keine rechte Freiheit mehr ist. Die wahre liberale Politik anerkennt daher keine unumschränkte Freiheit, sondern nur eine, die gesichert ist durch den Staat, der die wachsenden Mächte bündigt und der zugunsten des Schwachen eingreift. In diesem Sinne ist das Ziel die „geordnete Freiheit“. Wenn der Liberalismus den Forderungen der neuen Zeit gerecht werden will, so muß er, wie in seiner erfolgreichsten Periode, die Persönlichkeit des Menschen wieder in den Mittelpunkt seiner Politik stellen. Er muß mithelfen, daß jeder, auch der Arbeiter, seine Persönlichkeit zu entwickeln vermag. Er muß zur ökonomischen Besserstellung

der Arbeiterschaft im Rahmen des in der Volkswirtschaft Möglichen Hand bieten, ebenso zur Beschränkung der Arbeitszeit, zur Wohnungsfürsorge und insbesondere auch zum Ausbau der sozialen Versicherung, um den Arbeiter gegen die unverschuldeten Risiken zu beschützen.“ Nach diesen Grundsätzen hat der nun scheidende Magistrat Politik getrieben.

Immerhin dürfte Bundesrat Meyer die zuerst vorgesehene Revision des Beamtengesetzes, die auch die Sanierung der Versicherungskassen des Bundes und der Bundesbahnen in sich schließt, noch einleiten. Dann wird sein Nachfolger sich mit der Wehrsteuer zu beschäftigen haben. Vorerst werden die eidgenössischen Räte noch Beschluß fassen müssen über das Wehrpferd, das geplant ist, und das eine Vermögensabgabe von 1—2 Prozent enthalten soll.

Eine große außenpolitische Frage erhebt sich bei der Stellungnahme zu den deutschen Plänen, die Schifffahrt auf dem Rhein von Basel bis Konstanz auszubauen. Deutschland trachtet danach, seine Ostmark und damit die Brennerlinie mit der Schifffahrt auf dem Rhein in direkte Verbindung zu bringen. Die Bauten, die notwendig wären, müßten zum Teil auf Schweizer Gebiet gelegt werden, da der Rheinfluss bei Schaffhausen durch einen Kanal umgangen werden muß. Deutschland drängt darauf, die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen und stützt sich dabei auf die Bestimmungen des im Jahre 1929 mit dem deutschen Reich abgeschlossenen Rheinregulierungsvertrag. Diese lauten:

„Die schweizerische und die deutsche Regierung sind darüber einig, daß im Zusammenhang mit der Regulierung des Rheins von Straßburg und Nehl bis Stein die Ausführung des Großschifffahrtsweges von Basel bis zum Bodensee, zu erstreben ist. Beide Regierungen kommen überein, daß, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausführung des Unternehmens möglich erscheinen lassen, der schweizerische Bundesrat mit der babilonischen Regierung einen Vertrag abzuschließen wird, durch den insbesondere eine angemessene Kostenbeteiligung der Schweiz, die Fristen der Ausführung des Unternehmens und seine technische und administrative Förderung festgelegt werden.“

Die Bundesbahnen, die eine neue Verstärkung der Brennerlinie naturgemäß nur ungern sehen, weisen darauf hin, daß seit 1929 eine ganz andere Verkehrslage entstanden ist. Aber auch gesamtpolitisch ist es heute für die Schweiz äußerst schwer, die Pläne Deutschlands zu akzeptieren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es darüber in nächster Zeit zu markanten Aussprachen zwischen den Vertretern der beiden Länder kommen wird.

Die Bundesbahnen strengen sich mächtig an, durch einen aufgelockerten Verkehr im Inland die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auto zu erhöhen. Für das Landesausstellungsjahr sind allein im Fernverkehr nach und von der Ausstellung 200,000 Kilometer Mehrleistungen vorgesehen.

In der Landwirtschaft leidet man allgemein unter den schweren wirtschaftlichen Folgen der Fortdauer der Maul- und Klauenseuche. Die

geschädigt und verlangt Vorsicht. Aber wenn ein kleiner Lauer in der Not eine Wurst stiehlt, dann läuten die großen Glocken nach Noten, da steht's in allen Zeitungen geschrieben, man führt ihn herum am Halfterband. Aber die da, die das Volk beschummelten mit Sprit, die plagt man nicht. Es ist ja schön und gut, daß sogar Ständerräte vom Rang eines Dr. Wettstein, alt Regierungsrat, Worte finden, die hier passend sind. Je eher die Sache auf- und abgeklärt wird, je schneller ist auch alles vergessen, das Mißtrauen schwindet wieder, und jene, die ehrlich weitermachen wollen, werden auch ihre Abnehmer finden. Denn man darf nicht vergessen, diese „Mischlinge“ haben auch die Wiederverkäufer und die Wirte kompromittiert, die in gutem Glauben kauften und verkauften. Also heraus mit der Sprache. Das ist der Wunsch der Verkäufer wie der Konsumenten. Der Produzent hat das Wort.

Hast du, lieber Peler, dir in deiner Phantasie schon ausgemalt, wie es sein muß, wenn in einem 100- oder mehrstöckigen Wolkenkratzer der Lift stillsteht? Du kannst dir ja ein Bild davon machen, daß ein Haus mit 60,000 Bewohnern und 150 Stockwerken sehr viele Treppen haben muß, und daß einer ja zwei Stunden oder mehr braucht, um nur zu Fuß auf die Straße oder wieder in die Wohnung zu kommen. Und nun kommen also die Liftführer zum Entschluß, zu streifen. Das ist eine folgenschwere Sache, und man darf hoffen, daß sie es sich überlegt haben. Also in einem dieser Riesenpaläste, in dem 60,000 Menschen beschäftigt sind, läuft kein Lift mehr. Lifts laufen

Butterherzeugung hat abgenommen und die Milchproduktion geht zurück. Indessen haben sich die Preise für Rinder und Schweine gesteigert, und namentlich haben auch die Preise für Güte angezogen, so daß nicht damit gerechnet werden kann, daß die Schube in absehbarer Zeit etwa billiger werden. Ein Einbruch in die landwirtschaftlichen Preispositionen ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

In der Angestellten- und Arbeiterbewegung ist eine Eingabe der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände an das eidgenössische Militärdepartement zu erwähnen, in der vorgeschlagen wird, daß der Bund die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen erläßt (unbedingter Anspruch des Wehrmannes auf Lohnzahlung, Minimallohne desselben, Verbot der Kündigung oder Entlassung wegen oder während dem Militärdienst) und die Kantone mit dem Vollzug beauftragt. Bund und Kantone würden an die zu schaffende zentrale Ausgleichsstelle oder an die kantonalen oder Branchen-Ausgleichskassen Beiträge leisten, die sie in irgend einer andern Form auch ohne Ausgleichskassen aufwenden müßten, und an sie hätten auch die Arbeitgeber ihre Beiträge zu entrichten. Im Falle des Militärdienstes zahlen die Arbeitgeber ihren dienstpflichtigen Arbeitnehmern — deren Entlassung verboten ist — für diese Zeit den Lohn weiter und erhalten die im Gesetze festzulegenden Entschädigungen von der Ausgleichskasse zurückerstattet. Dabei soll es die Meinung haben, daß es, im Gegensatz zum Beispiel der Unfallversicherung, dem Arbeitgeber freigestellt bleibt, seinen militärdienstleistenden Arbeitnehmern höhere Lohnentschädigungen als wie sie von der zu schaffenden Ausgleichskasse vergütet werden, auszusprechen, und zwar bis zur vollen Höhe des normalen Verdienstes.

Der Ausschuß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat den Entwurf eines Aktionsprogramms genehmigt, über das Dr. Weber referierte. Er wies hin auf die ernste Lage, die für die Schweiz infolge der internationalen Ereignisse entstanden ist. Die schweizerische Arbeiterschaft stellt sich geschlossen in den Dienst der Verteidigung der schweizerischen Unabhängigkeit und Freiheit. Die Vorbereitungen zur Vertei-

bigung unseres Landes müssen noch weiter ausgebaut werden. Das gilt einmal für das militärische Gebiet, wo der Gewerkschaftsbund bereit ist, an einer überparteilichen Aktion zur Verstärkung der Abwehrmaßnahmen mitzuwirken, falls die Behörden nicht unverzüglich die nötigen Vorkehrungen treffen. Die Entwicklung in andern Ländern, ganz besonders in der Tschecho-Slowakei, habe jedoch gezeigt, daß die wirtschaftliche und die geistige Verteidigung des Landes mindestens so wichtig sind wie die militärische, ja daß sie eine Voraussetzung bilden, damit die militärischen Abwehrmittel überhaupt eingesetzt werden können. Die Postulate auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die der Gewerkschaftsbund vertritt, seien deshalb außerordentlich wichtige Bestandteile des Kampfes um die Selbstbehauptung unseres Landes.

Der Bundesrat hat den Antrag des Justizdepartementes zu einem Bundesbeschlusse betreffend Maßnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie genehmigt. Der Text der Vorlage wird vorterst noch bereinigt und soll sodann veröffentlicht werden.

Bereits hat in den Wandelhallen des Parlaments die Diskussion um den Nachfolger des demissionierenden Chefs des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes begonnen. Wie man hört, soll keiner der Bundesräte Luft haben, das wenig populäre Finanzdepartement zu übernehmen. So würde der Nachfolger von Bundesrat Meyer zugleich auch Chef des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes werden. Es bietet sich nun eine Gelegenheit, die „große Koalition“ herzustellen, indem man der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die zurzeit die größte Landespartei ist, Gelegenheit gibt, in den Bundesrat einzuziehen. Bereits amten in verschiedenen Kantonen schon sozialdemokratische Regierungsräte und es ist nicht einzusehen, daß in der Exekutive des Landes kein Sozialdemokrat Sitz und Stimme haben soll. Dies um so weniger, als der allgemein geschätzte Zürcher Stadtpräsident Dr. Klöti der designierte Kandidat der Linken wäre. Es ist zu hoffen, daß so oft auch in der rechtsbürgerlichen Presse das Wort von der Verständigung zu lesen ist, man einmal von den Worten zu einer Tat übergeht. — B.

Wieviele Ausländer gibt es in der Schweiz?

Das schweizerische Zentralblatt für Staats- und Gemeindeführung bringt eine interessante Zahlenreihe über die Entwicklung der Ausländerfrage in unserem Lande, die ja heute, vornehmlich vom Standpunkt des Arbeitsmarktes aus betrachtet, größte Beachtung findet. Die Feststellungen müssen allerdings in den wesentlichsten Punkten auf die Volkszählung von 1930 abstellen, da ja seither keine weiteren gesamtschweizerischen Erhebungen mehr gemacht wurden. Immerhin bestehen für die größeren Städte noch Statistiken jüngeren Datums, die das Problem in seiner neuesten Entwicklung beleuchten.

Interessant ist die Feststellung, daß die Zahl der Ausländer in der Schweiz ständig zurückgeht. Waren im Jahre 1900 von 3,3 Millionen Einwohnern rund 383,000 oder 11,6 % Ausländer,

so hat sich das Verhältnis nach einer kurzen Verschiebung zugunsten der Ausländer um das Jahr 1910 seither wesentlich im Sinne einer Abnahme der Ausländer geändert. 1920 waren von 3,8 Millionen Einwohnern noch 402,000 oder 10,4 % aus dem Auslande, und 10 Jahre später sank die absolute Zahl der Ausländer auf 355,522, während die Zahl der Einwohner die 4. Million überschritt. Damit fiel die Ausländerquote auf 8,7 %.

Die größten Kontingente zur ausländischen Bevölkerung unseres Landes stellten nach der Volkszählung von 1930 die Deutschen und Italiener. Seither zeigt die Entwicklung in den größeren Städten das nämliche Bild, d. h. einen steten Rückgang der Ausländer. So betrug die Ausländerquote in Zürich Ende 1937 noch 9,8 %, während sie 1930 noch auf 15,1 % stand. Groß geblieben ist sie in Genf mit 21,0 % Ende 1937. Aber auch hier ist gegenüber 1930, wo sie auf 25,3 % stand, ein Rückgang eingetreten. Insgesamt haben die Ausländerkolonien der 10 größten Schweizer Städte in der Volkszählung von 1930 zusammen rund 33,000 Köpfe verloren. In Zürich ist ein Tiefstand erreicht, wie er seit der Volkszählung von 1850 nicht mehr beobachtet werden konnte.

Mag tatsächlich diese Feststellung gerade für Zürich, wo man auf den Straßen bekanntlich heute auf Schritt und Tritt einen Ausländer antrifft, verwunderlich erscheinen, so bekommt sie aber noch eine besondere Note, wenn man den Ursachen des Rückganges nachgeht. Da muß nämlich festgestellt werden, daß der Rückgang der Ausländerzahl zum größten Teil auf Bürgerrechtsänderungen durch Heirat und Einbürgerung zurückzuführen ist. Die Einbürgerungen sind gerade in den Jahren nach dem Weltkrieg ständig angestiegen und konnten erst 1937 etwas abgebremselt werden. 1931 bis 1935 wurden im Jahresmittel 4564 Personen durch Einbürgerung Schweizer. 1936 waren es nur noch 2991, bis dann die Zahl 1937 auf 1678 sank und damit kleiner wurde als in irgend einem Jahre seit 1897. In Zunahme begriffen waren auf ähnliche Weise auch die Einbürgerungen durch Heirat von Schweizern mit Ausländerinnen. Hierin stellte die Periode von 1931—35 mit einem Jahresdurchschnitt von 3723 einen Rekord dar. Aber auch 1936 zählte man 3232 und im Jahre 1937 3176 solcher Fälle. Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß die Fälle, in denen Ausländer Schweizerinnen heimführten, bis etwa zum Weltkrieg häufiger waren als die heute weit überwiegenden umgekehrt liegenden Fälle.

Xaver schüttelt den Kopf

Er kann vieles leider nicht verstehen.

„Sage mir einer, er schüttelt nicht den Kopf, wenn er vernimmt, daß in einer ehrenwerten Schweizerstadt der Gefängnisverwalter eingesteckt werden mußte.“ Kommt das vor, ist das logisch. Es wird schon so sein. Aber daß ein Gefängnisverwalter mit solch schlechtem Beispiel bei seinen Schülern, die sich doch bessern sollten, vorangeht, das ist schon zum den Kopf schütteln. Xaver, das versteht du wahrlich nicht. Du bist zu geradlinig, du hast zu wenig Kurven, zu wenig Wendigkeit, du bist zu ehrlich, um da ohne Kopfschütteln vorübergehen zu können. Der Bezirksgefängnisverwalter unterschlägt Geld, hm, hm, das will nicht in meinen Dickhädel hinein, wie noch vieles, das heute passiert.

Wenn einer heute irgendwo vom Spritkandal erzählt, dann werden gewisse Herren laugrob. Warum denn auch? Die Sache liegt ja offen am Tage, es fehlt nur eines, eines, eines ... die Namen der 22 Sünder. Denn sie sind auf alle Fälle keine Herren, die man bewundert. Umsonst hat nicht ein Volkvertreter im Ständerat erklärt: „Es ist eine Schande für die Schweiz, die Schuldigen müssen bestraft werden.“ Ja, ja, das prellt offenbar noch nicht so sehr. Warum? Triffst es wohl öppen einen großen Herrn aufs Hüfterauge, oder einen, der mit einem noch höheren verwandt ist? Oba läß, das ist dann

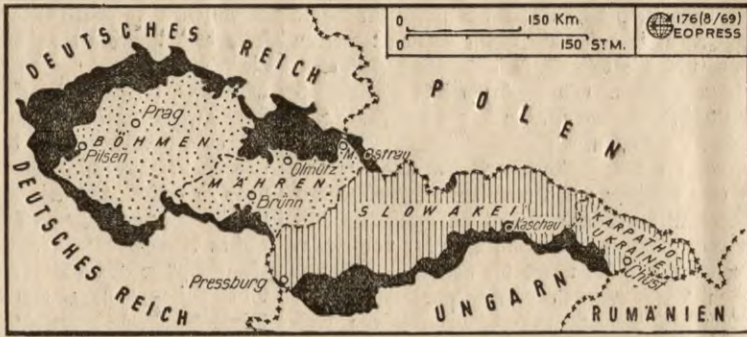
in Amerika blühschnell und befördern den Menschen in Oplöglich zur Höhe. Und nun läuft keiner. Die Liftiers stehen unten und lachen und warten, bis man ihren Wünschen entspricht. Da waren Chefs, die wollten die Arbeit wegen dem Streik nicht aussetzen und zwangen die Leute, hinaufzusteigen. Aber oben, nach Stunden des Steigens, waren sie so schwach, daß sie gleich austruben mußten. Was blieb anderes übrig, als daß die Leute das Liftfahren erlernten, indem sie die Hebel selber studierten. Aber wie gesagt: babylonische Bauten haben auch ihre Nachteile und der Witz ist bald keine Uebertreibung mehr, wo einer erklärt, es sei einer beim Aufstieg in einen Wolkenkratzer vom Döngling zum Mann geworden.

Unsere Zivilisation schreitet mutig vorwärts ins Verderben. Man spürt, daß der Erfindergeist verschiedener Völker unerschöpflich ist im Hervorbringen von neuen Höllemaschinen und Gasen, die dazu geschaffen werden, den lieben Nächsten möglichst unbarmerzig aus dem Wege zu schaffen. Jetzt gibt es Brandbomben, ich sage Euch, wahre Kleinode der Chemie, sie setzen alles in Brand, und ein Flugzeug kann gleich 2000 Stück dieser Nippssachen unserer Zeit mitnehmen, um sie auf die Hüften der Menschheit fallen zu lassen. Sie brennen wunderbar, vernichten alles, sind nicht zu löschen ... mein Herzchen was willst du noch mehr? Und das alles im Jahre des Heils und der Liebe 1938. Das nächste wird sicherlich mit noch teuflischeren Säckelchen aufwarten.

Euer kopfschüttelnder Xaver.

Die neue Tschecho-Slowakei

Die Tschechoslowakei wurde am 23. November 1938 durch Beschluß des Prager Parlaments in einen föderativen Staat umgewandelt. Der Bundesstrich in dem Staatsnamen deutet gegenüber der früheren Schreibweise „Tschechoslowakei“ den föderativen Charakter des Staates an. Nach der bis zum 1. Dezember erfolgten Festlegung der endgültigen Grenzen der Tschechoslowakei gliedert sich der neue Bundesstaat folgendermaßen:



1. Böhmen und Mähren-Schlesien (unmittelbar unter der Prager Regierung) mißt 49,720 Quadratkilometer und hat 6,727,000 Einwohner. 2. Slowakei (Sitz der autonomen Regierung in Preßburg) mißt 38,420 Quadratkilometer und zählt 2,462,000 Einwohner. 3. Karpatho-Ukraine (bis 27. November Karpatho-Rußland

genannt, Sitz der autonomen Regierung in Chust) mißt 11,030 Quadratkilometer und zählt 544,000 Einwohner. Also mißt die Tschechoslowakei in seiner Gesamtheit 99,170 Quadratkilometer und zählt 9,733,000 Einwohner. Auf der Karte: Schwarze Fläche = die von der Tschechoslowakei im Oktober und November 1938 abgetrennten Gebiete. Punktirte Fläche = unmittelbar unter der Prager Zentralregierung. Die schraffierte Fläche = die autonomen Länder der Tschechoslowakei.

TUNESIEN

Die letzten Vorfälle in der italienischen Kammer zu Rom, wo anlässlich einer Vollversammlung die Abgeordneten die Regelung der tunesischen Frage verhandeln, lenkt den Blick der Öffentlichkeit nach langer Zeit wieder in diesen Teil des französischen Kolonialreiches, von dem man in der großen Öffentlichkeit nicht viel mehr wußte, als daß Italiener und Franzosen dort nebeneinander leben und arbeiten, offensichtlich in Harmonie und Eintracht, da bisher keine Meldung von Reibereien, Auseinandersetzungen oder Bergleichen in die Öffentlichkeit gekommen ist.

Tunis hat eine große Vergangenheit. Wenige Kilometer von der heutigen Hauptstadt entfernt, lag das alte Carthago, von dessen Glanz heute nur noch einige Ruinen zeugen. Vor zweitausend Jahren war Carthago der starke Widersacher Roms gewesen und damals konnte die Stadt am Tiber seinen Widersacher im Mittelmeer niederringen. Die Zeugen alter Kultur sind recht spärlich. Hingegen begegnet man auf Schritt und Tritt den Beweis einer fortschrittlichen Kolonialverwaltung, die Rücksicht nimmt auf die religiösen Belange der eingeborenen Bevölkerung die erst vor kurzem, als die außenpolitischen Wellen hochgingen, durch zahlreiche Beispiele bewiesen hat, daß sie treu zu Frankreich steht. Tunesien ist mit ungefähr 125,000 Quadratkilometer und einer Bevölkerung von rund 2,4 Millionen Einwohnern das kleinste der drei Gebiete französisch-Nordafrikas. Das Land kam 1882 unter französische Herrschaft. Dem Namen nach regiert der Bey von Tunis, in Wirklichkeit jedoch der französische Generalresident. Von den Einwohnern sind etwa zwei Millionen Araber, die Europäer sind zur Hälfte Italiener und zur andern Hälfte Franzosen.

Das Land ist außerordentlich fruchtbar, landschaftlich sehr schön und reich an Bodenschätzen. Es steht im Gütertausch zwischen Frankreich und seinen Kolonialländern an zweiter Stelle hinter Algerien. Die hauptsächlichsten Bodenschätze sind Eisenerz, Blei und Phosphate, die Hauptprodukte der Landwirtschaft Wein und Olivenöl. Auch Ziegen- und Schaffelle bilden ein wesentliches Ausfuhrprodukt. An der Grenze zwischen Algerien und Tunesien befinden sich reiche Korfwälder, die stark ausgebeutet werden.

Mit 200,000 Einwohnern ist Tunis die Hauptstadt des Landes. Landschaftlich in malerischer Schönheit gelegen, bildete es seit langer Zeit einen starken Anziehungspunkt für den touristischen Verkehr. Die Stadt selbst hat seinen arabischen Einschlag beibehalten, die kleinen schmalen Gäßchen, durch die die Menge wogt, wenn es Markttag gibt, daneben aber bereits Boulevards, an deren Seiten sich große und moderne Bauten erheben. Europäer und Eingeborene werken Seite an Seite. Die Franzosen haben es ebenso wie in Algier verstanden, durch eine vorbildliche Aufbaubarbeit, sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Beziehung, das Land zur vollsten Entfaltung seiner Kräfte zu bringen. Tunis hat auch kriegstechnische Bedeutung. Der größte und beste Hafen des Landes ist Bizerte, seit Jahrzehnten ein Kriegshafen und stark geschützt. Die Hafenanlagen sind so groß, daß sie bequem die gesamte französische Flotte aufnehmen könnten.

Eine Eisenbahnlinie führt von Tunis in westlicher Richtung zur algerischen Grenze und ist Beginn und Ende zugleich der großen Bahnlinie,

die das ganze französische Kolonialreich Nordafrikas umspannt. Ausgebaut, modern asphaltierte breite Straßen führen entlang der Küste und in das Innere des Landes. Moderne Schnellzüge bringen die Reisenden in kaum 24 Stunden von Marseille in die Hauptstadt des Landes und die Luftlinien, die Tunis mit dem Mutterlande als auch mit Italien verbinden, sind recht zahlreich.

Die Auseinandersetzungen in der italienischen Kammer über Tunesien haben wieder einmal die Blicke nach diesem Lande gerichtet, das ebenso wie Algerien und französisch-Marokko den Beweis erbringt, daß hier eine europäische Kolonialmacht Großes vollbracht, sowohl im Interesse seiner eingeborenen Bevölkerung als auch im Interesse des Mutterlandes selbst. J. A. S.

Ausland England

Neue Gefahr für Englands Tierbestand. Die Maul- und Klauenseuche hat in verschiedenen Bezirken Englands wieder eine erschreckende Zunahme erfahren. Während man in Kopenhagen, in der Innenstadt, in sauber hergerichteten, hygienischen Kuhställen 300 Tiere schlachten mußte, hat man jetzt in England in verschiedenen ländlichen Gegenden über 1000 Tiere schlachten müssen. Von dem Gesundheitsministerium wird mitgeteilt, daß es nun einwandfrei feststeht, daß die Krankheit nach England übertragen wurde durch Vögel, die von Afrika übertrugen.

In den letzten neun Monaten hatte Frankreich 214,400 Fälle von Maul- und Klauenseuche

Warum wünscht Deutschland seine ehemaligen Kolonien zurück?

Wenn das Dritte Reich hinsichtlich der Rückgliederung seiner ehemaligen afrikanischen Besitzungen nicht die gleichen aggressiven Töne anschlägt wie anlässlich des September-Konfliktes, so liegt der Hauptgrund dafür in der ungünstigen geographischen Lage des Reiches im Verhältnis zu den Weltmeeren, welche zu allen Zeiten das wichtigste Verbindungselement zwischen den europäischen Ländern und ihrem kolonialen Außenbesitz darstellten. Man vergesse nicht, daß das kaiserliche Deutschland im Weltkrieg nicht nur seine Besitzungen im Stillen Ozean, sondern auch sein bedeutendes afrikanisches Kolonialreich infolge der Unmöglichkeit, eine wirksame Waffenhilfe zu leisten, zum größten Teil längst verloren hatte, als es nach vier Jahren mörderischen Ringens an der Westfront die Waffen strecken mußte.

Andererseits birgt der Besitz von Rohstoffquellen und landwirtschaftlichen Siedlungsgebieten in dem an Bodenschätzen so ungeheuer reichen „Zukunftskontinent“ Afrika für einen einseitig industrialisierten Staat wie das Dritte Reich derartig gewaltige Vorteile in sich, daß die Deutschen ihren systematischen, ebenso auf das Inwie auf das Ausland abgestimmten Propagandafeldzug zwecks Rückgewinnung der ehemali-

gen zu verzeichnen, Belgien 80,000 und Deutschland 90,000. Diese Zusammenstellung zeigt, daß Deutschland dank der sofort ergriffenen, oft vielleicht harten Maßnahmen im Verhältnis zu seiner Größe in wesentlich geringerem Maße heimgejagt wurde. Die Zahl der Fälle in England ist nicht festzustellen.

Polen

Granate tötet sechs Kinder. Bei Kalusz, einem Ort in der Nähe von Lemberg, ereignete sich ein furchtbares Unglück. Eine Schar von zehn Kindern fand beim Spielen eine Granate, die angeblich noch aus dem Weltkrieg stammen soll. Die Kinder untersuchten das seltsame Ding — und dabei explodierte das Geschöß. Fünf Kinder waren sofort tot, während ein sechstes im Krankenhaus verstarb. Die anderen vier Kinder kamen merkwürdigerweise mit ganz leichten Verletzungen davon.

Dänemark

Grönland wird Touristenparadies. Der bekannte dänische Forscher Peter Freuchen erklärte bei einem Aufenthalt in England in einem langen Artikel, daß Grönland in Kürze zu einem Touristenland werden würde, der Reiz dieses eigenartigen Landes würde sicher viele Besucher anlocken. Die Engländer träumten daraufhin bereits von Luxushotels auf den Klippen von Grönland, von Schwebebahnen zum Inlandeis und von Eislaufkonkurrenzen auf dieser riesigsten natürlichen Eisbahn der Welt. Bei der Grönlandverwaltung in Kopenhagen weiß man allerdings noch nicht ein Wort von diesen überraschenden Plänen. Bekanntlich ist Grönland ein geschlossenes Land, das niemand betreten darf, ohne nicht eine ausdrückliche Erlaubnis der dänischen Regierung erhalten zu haben. Diese Erlaubnis ist abhängig von einer Gesundheitsbescheinigung. Die Grönlandverwaltung soll allerdings in Kürze einen neuen Leiter bekommen. Man nimmt an, daß der bekannte Forscher Dr. Lauge-Koch diesen Posten erhalten wird.

Vereinigte Staaten

Tanks zur Luftabwehr. In einer Fabrik in New Jersey hat man soeben leichte Tanks einer ganz neuen Bauart hergestellt, die zur Luftabwehr eingesetzt werden können. Die Tanks sind bestückt mit drei Maschinengewehren und einem Luftabwehrgeschütz. Das Fluggeschütz ist im Hauptturm untergebracht, die Maschinengewehre an den Seiten und vorn. Zu dem Tank gehört eine Besatzung von zwei Schützen und einem Fahrer. Die Fahrzeuge können eine Höchstgeschwindigkeit von 170 Stundenkilometern auf einer guten Autostraße oder von 100 Kilometern auf freiem Felde erreichen. Die angegebene Geschwindigkeit erscheint phantastisch, wird aber von amerikanischen Militärspezialisten bestätigt.

Amerikas Verbrecherheer. Der Chef der G-Männer, der amerikanischen Elite-Polizei, Edgar Hoover, teilte soeben in einer Rede bei einer öffentlichen Versammlung mit: „Sollte man alle Verbrecher Amerikas sammeln und internieren, dann brauchte man eine doppelt so große Stadt wie Philadelphia, d. h. also, wir haben über 4,300,000 lichtscheue Elemente, denen unser Kampf gilt!“ Man kann schon sagen: eine Unterwelt in amerikanischem Stil!

Erst der Besitz afrikanischer Territorien würde die heutige europäische Großmachtbedeutung des Dritten Reiches in eine eigentliche Weltmachtgeltung verwandeln. Ein Blick auf die Karte genügt, um sich ein Bild von der Wichtigkeit der ehemals deutschen Ueberseebesitzungen in Afrika im Hinblick auf die geopolitische Situation der Achsenmächte zu verschaffen. Nachdem Mussolini bereits anlässlich der Romreise Hitlers im Mai die Unterstützung der deutschen Kolonialansprüche eindeutig proklamierte, befinden sich vor allem die Westmächte in einer recht heiklen Lage, aus der sie sich nicht so leicht auf Kosten Dritter herausmanövrieren werden wie im vergangenen September!

Sozialpolitische Rundschau

Änderungen in der französischen Sozialgesetzgebung.

Die französische Sozialgesetzgebung hat als erste in Europa die 40-Stundenwoche eingeführt. Es ergab sich jedoch, daß die verkürzte Arbeitszeit nicht in allen Industrien sogleich durchführbar war, und verschiedene Verordnungen suchten einen Ausweg, besonders für die Saisonindustrie. So wurde vor kurzem in der französischen Lederindustrie die Arbeitszeit auf 56 Stunden festgelegt. Jeder Arbeiter, der 56 Stunden pro Woche arbeitet, muß eine ununterbrochene Ruhepause von 24 Stunden je 3 Wochen haben und hat Anspruch auf einen entsprechenden Urlaub nach der Saison. Die Unternehmungen, die 56 Stunden wöchentlich arbeiten lassen, haben sich verpflichtet, die Arbeiter nach Saisonabschluss nicht zu entlassen.

Ein Urlaubsgesetz in Finnland.

Im finnländischen Parlament wurde ein Urlaubsgesetz beschlossen. Dem Prinzip nach haben Arbeiter nach sechsmonatiger Arbeit Anrecht auf 5 Urlaubstage und nach einem Jahr Arbeit auf 9 Urlaubstage. Nach fünfjähriger Arbeit hat der Arbeiter Anspruch auf 12 Werkstage Ferien. Die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren erhalten einen Urlaub von 12 Tagen. Der Urlaub soll in der Zeit vom 2. Mai bis zum 30. September angetreten werden. In den Saisonbetrieben, in denen die Arbeit weniger als sechs Monate dauert, ist der Unternehmer verpflichtet, dem Arbeiter nach Beendigung der Arbeiten für je drei Monate Arbeit zwei Tage zu vollem Lohn zu entschädigen.

Das amerikanische Jugendgesetz.

Die Vereinigten Staaten haben die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren unterlagert. Die Kinder zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als 44 Stunden in der Woche während des ersten Jahres, nicht weniger als 42 Stunden während des zweiten, und nur 40 Stunden pro Woche in der Folge arbeiten. Der Mindeststundenlohn für jugendliche Arbeiter habe zu Anfang 30 Cents, später 40 Cents zu betragen. Durch das neue Gesetz wird der Jugendschutz der Vereinigten Staaten weiter ausgebaut und zu einer der vorbildlichsten Jugendgesetzgebungen. Allerdings muß festgestellt werden, daß auch das neue Gesetz zahlreiche Ausnahmen und Abweichungen zuläßt.

Zwangsversicherung in der Türkei.

In dem neuen türkischen Arbeitsgesetz wurden auch die Grundlagen zu einer obligatorischen Versicherung der Arbeiter und Angestellten gelegt. Das Zentralarbeitsamt in Ankara bereitet die Verarbeitung der erforderlichen Statistiken vor, ebenso die Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzentwürfe, damit die Arbeiter- und Angestelltenversicherung in Bälde verwirklicht werden kann. Die Vorlagen sollen noch dieses Jahr dem Parlament zur Genehmigung zugeteilt werden und man nimmt an, daß die Angestelltenversicherung im Juni des kommenden Jahres, die Arbeiterversicherung einige Monate später durchgeführt werden wird.

Eine kleine Tablette

erobert die Welt!

Nicht umsonst genießt Tegal wegen seiner Güte Weltruf! Unzähligen, in allen Ländern der Erde, auf allen Kontinenten, die von Schmerzen geplagt, von gichtischen und rheumatischen Beschwerden gequält, von Erkältungskrankheiten, Kopf- und Nervenschmerzen heimgejagt wurden, hat Tegal Linderung gebracht. Tegal wird gefragt in Europa, im fernen Asien, in Australien, in Süd-Afrika und in Amerika.

Es ist weithin bekannt, daß Tegal die Harnsäure löst, die schädlichen Krankheitsstoffe aus dem Körper ausschleudert, dabei unschädlich ist und durch Gewöhnung nicht abgeschwächt wird. Mit Tegal wurden selbst bei veralteten Leiden oft gute Erfolge erzielt. Wenn Tausende von Ärzten dieses Mittel verordnen, solltest auch Du nicht säumen, Tegal zu nehmen. In allen Apotheken des In- und Auslandes. Nr. 1.60.

